RC - BULLETIN

II/1968

DISKUSSIONS- UND INFORMATIONSBLATT

Republikanischer Club e. V. Berlin - 1 Berlin 15 - Wielandstraße 27 (II. Etage)
Telefon 883 40 75 / 76
PS Berlin West 1941 56

Redaktion:
Solveig Ehrler

Berlin,
den 23. Okt. 1968

I. Vietnamwoche und CDU-Parteitag
II. 9. November - Deutsche Revolution
III. Finanzbericht
IV. Veranstaltungsrezensionen
V. Aus den Arbeitskreisen
VI. Leserbriefe
VII. Veranstaltungskalender

I. Vietnamwoche und CDU-Parteitag

Vom 27. Oktober bis zum 4. November 1968 werden radikaldemokratische und sozialistische Gruppen in der ganzen Welt in Demonstrationen und Aktionen ihren Protest gegen den Völkermord der USA in Vietnam ausdrücken. Der gemeinsame Zeitpunkt der Aktionen ist nicht nur ein Ausdruck internationaler moralischer Solidarität; er soll darüber hinaus klarmachen, daß die radikale Opposition gegen die imperialistische Politik der kapitalistischen Industriestaaten die Notwendigkeit gemeinsamen und simultanen Handelns erkannt hat und gewillt ist, ihre einzelnen Aktionen besser als bisher auf internationaler Ebene zu koordinieren und zu organisieren. Aus diesem Grunde ist es auch für uns wichtig, an diesen Aktionen in einer geeigneten Form teilzunehmen.

Die Diskussion, die am vergangenen Freitag hierüber im Republikanischen Club geführt wurde, hat jedoch gezeigt, daß mit einer einfachen Massendemonstration in unserer augenblicklichen politischen Situation nicht viel gewonnen ist: wir würden hierdurch weder ein neues Potential gewinnen, noch den Senat in dieser Stadt spürbar verunsichern. Es ist in unserer jetzigen Situation vielmehr erforderlich, konkrete Ansatzpunkte zu theoretischer und praktischer Kritik aufzuzeigen. Eine solche Kritik hat sich zunächst gegen die Kräfte in unserer eigenen Gesellschaft zu richten, die die Verantwortung tragen für die offene Komplizenschaft unserer Herrschenden mit konterrevolutionären Entwicklungen und Interventionen in der

Dritten Welt, und die als Agenten des Monopolkapitals die blutige Unterdrückung und Verhinderung sozialen und gesellschaftlichen Fortschritts gutheißen und fördern. Diese Kräfte sind bei uns in den nächtigen Industrieverbänden organisiert, ihre parlamentarische Vertretung finden sie vorwiegend in der CDU.

Hier sollte der Ansatzpunkt unseres Beitrages zur internationalen Vietnamwoche liegen: Die CDU wird ihren diesjährigen Bundesparteitag vom 3. November bis zum 7. November 1968 in Berlin abhalten. Das gibt uns die Gelegenheit, diese Partei des Kapitals mit ihrer Politik der Unterstützung imperialistischer Unterdrückungs- und Vernichtungsstrategien gegen Emanzipationsbewegungen sowie mit ihrer Praxis publizistischer und finanzieller Förderung aller Arten von faschistischen Diktaturen zu konfrontieren. "Die CDU als Hauptagent des imperialistischen Monopolkapitals in der Bundesrepublik" sollte einer der Hauptakzente heissen, unter denen wir unsere Aufklärung und Aktionen zu diesem Parteitag vorbereiten.

In dieser Richtung sind bereits zwei Arbeitsgruppen zur Aufarbeitung des Materials und zur organisatorischen Vorbereitung der Aktionen gebildet worden.

Kontaktadressen und Material: George Roessler 76 43 48 oder über RC
Organisation: Michael Boehme, über RC

In der nächsten Woche werden wir eine Fülle von vorbereitender Arbeit tun müssen, die wir allein nicht schaffen werden. Sie müssen mithelfen, denn es sind auch Ihre Aktionen, die wir vorbereiten. Rufen Sie im RC an und sagen Sie Bescheid, wann Sie helfen können.

Jörg Huffschmid

II. 9. November - Deutsche Revolution

Zum 50. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution wird die Außerparlamentarische Opposition durch Diskussionen und Aktionen daraufhinweisen, daß das Thema der Revolutionierung unserer Gesellschaft nach wie vor auf der Tagesordnung steht. Wir beginnen die Diskussion mit dem Abdruck des 1. Teiles eines Beitrags von Willi Huhn:

Zur historischen Bedeutung der deutschen November-Revolution 1918/19

A) Die weltgeschichtliche Bedeutung, die Europa einst besaß, und die selbst heute noch trotz seiner Aufteilung in die Interessensphären zweier Weltmächte, deren Kräfte ganz oder größtenteils auf kolonialen außereuropäischen Territorien beruhen, materiell und ideell nachwirkt, hat es vor allem seinen Revolutionen zu verdanken. Geographisch nur eine Halbinsel Asiens, entwickelte es eine Kulturmacht und Zivilisationsenergie, die den ganzen Erdball umspannten und die Welt veränderten. Die politische Kraft und die militärische Macht, die wirtschaftliche Stärke und der kulturelle Glanz, die Europa zu einem besonderen historischen Phänomen gemacht haben, trotz seiner inneren Gegenwätze und Kämpfe, sind von seinen revolutionären Prozessen, die seiner Entwicklung eine vorher auf der Erde nie aufgetretene soziale Dynamik verliehen, nicht zu trennen. Die Historie Europas ist eine Geschichte vor allem seiner Revolutionen, aber auch seiner Konterrevolutionen, sie haben das

Schicksal der Europäer besonders in den letzten 120 Jahren bestimmt. Der 1943 in Mexiko-City verstorbene Räte-Kommunist Otto RÜHLE veröffentlichte vor etwa 40 Jahren ein dreibändiges Werk "Die Revolutionen Europas", das der Vergessenheit entrissen werden verdient, zu der es das Totschweigen sowohl in der einen wie in der anderen Himmelsrichtung verdammt hat. Wer es gelesen hat, wird sich immer wieder einmal bei den weltgeschichtlichen Betrachtungen konservativer oder gar reaktionärer Geschichtsphilosphen fragen: was wäre aus Europa ohne seine Revolutionen schon Besonderes geworden? Es erhob sich zu einer welthistorischen Größe sondergleichen, so lange es von dem Elan seiner siegreichen Revolutionen beflügelt wurde, und es verlor seine Bedeutung in dem Maße, in dem die Konterrevolutionen, allerdings gefördert durch außereuropäische Interventionen, obsiegten und seine soziale Dynamik bremsten.

MARX und ENGELS waren zwar Internationalisten, aber gleichzeitig Europäer; - noch die I. Internationale war eine im wesentlichen west- und mitteleuropäische Angelegenheit. An deren Wiege stand gewissermaßen der nationale Befreiungskampf sowohl der Polen gegen das zaristische Groß-Rußland wie derjenige der Iren gegen den "Despoten des Weltmarkts" (MARX) Großbritannien. Wie die großen bürgerlichen Revolutionen Westeuropas für MARX und ENGELS keine 'französische' oder 'englische' Revolution waren, so sollte auch die von ihnen angestrebte 'proletarische' Revolution Mitteleuropas keine 'deutsche', sondern eine europäische Umwälzung sein.
Als jüngere Zeitgenossen von TOCQUEVILLE (1805-1859), der schon früh auf die künftige Bedrohung Europas durch die Halbierung der Weltherrschaft zwischen der USA und Groß-Rußland hingewiesen hatte, wollten sie nicht zuletzt deshalb eine sozialistische Revolutionierung Europas, damit der Kontinent geeignet wurde - wie Arthur ROSENBERG 1932 in seiner "Geschichte des Bolschewismus" richtig feststellte - und imstande war, die Auseinandersetzung mit den territorialen Giganten, die sich ja erst zu kapitalistischen Mächten entwickelten, zu bestehen. Denn dies war die größte Sorge von MARX: werde nicht eine sozialistische Revolution in Europa, "in diesem kleinen Winkel, notwendig gecrusht (erdrückt) werden, da auf viel größerem Terrain das movement (die Bewegung) der bürgerlichen Gesellschaft noch ascendant (aufsteigend) ist? (An ENGELS am 8. Oktober 1858.) So erwarteten MARX und ENGELS selbst nach der Niederlage der deutschen Revolution von 1848, daß eine möglichst bald folgende zweite Revolution in Deutschland den Kontinent einigen und stärken möge, bevor die neuen bürgerlich-kapitalistischen Giganten außerhalb Europas mit ihrer potentiellen materiellen Überlegenheit das kleinere Europa, mit ihm aber auch seine sozialistische Arbeiterbewegung, vor allem die deutsche, unterdrücken, seine kriegerische Uneinigkeit ständig schüren und am Ende gar den Kontinent unter sich aufteilen könnten.

Schon im Frühjahr 1849 befürchteten MARX und ENGELS, daß "Europa mit der Besiegung der revolutionären Arbeiter in seine alte Doppelsklaverei, in die englisch-russische Sklaverei", zurückfallen könnte. ("Lohnarbeit und Kapital", 5. April 1849). Die sozialistische Revolution in Deutschland, so stellte sich ihnen in ihrer Londoner 'REVUE' vom 31. Januar 1850 das Problem, sollte mit den anderen zivilisierten Ländern Europas, "solange es noch Zeit ist", nach der Entdeckung der kalifornischen Goldfelder die politische Unabhängigkeit Europas bewahren und "die Superiorität der europäischen Industrie sichern" helfen. Und damit auch aus dem Osten keine barbarische Macht eurasiatischen Ursprungs "unter Führung der Moskowiter wie eine Lawine über Europa hereinbrechen" konnte, sollte "Europa Polen wiederherstellen" - was nur durch eine Revolution gegen die drei Monarchien

Groß-Rußland, Österreich und Preußen möglich war - und geschützt durch den polnischen Wall die "Zeit gewinnen für die Vollendung seiner sozialen Umgestaltung". (Rede von MARX auf dem Londoner Polen-Meeting am 22. Januar 1867). Nur der Sozialismus konnte Europa vor einem industriellen, kommerziellen und politischen Absinken bewahren, wenn der bürgerlich-kapitalistische Industrialisierungsprozeß die territorial umfangreicheren und mit natürlichen Reichtümern besser ausgestatteten außereuropäischen Kontinente und Länder ergriff - wobei MARX und ENGELS dieses Absinken Europas ebenfall schon 1850 mit der Situation der Mittelmeermächte Italien, Spanien und Portugal nach der Verlagerung des Weltverkehrs vom Mittelmeer nach dem Atlantik verglichen.

Der Sozialismus in Europa besaß aber sein Zentrum in der deutschen Arbeiterbewegung, und deren mächtigste und als vorbildlich betrachtete Organisation war die deutsche Sozialdemokratie. Ihr war demzufolge von MARX und ENGELS die Aufgabe zugedacht, mit der deutschen gleichzeitig jene europäische Revolution durchzuführen, welche das Europa bedrohende Schicksal, dadurch, daß es - nach dem weltpolitisch klarblickenden P a r v u s - H e l p h a n d - um 1900 "ökonomisch und politisch in die Zange zweier neuer Weltmächte, Rußlands und Amerikas, geraten war" (SCHARLAU-ZEMAN, "Freibeuter der Revolution", Köln 1964, S. 52), abzuwenden.

Die deutsche November-Revolution 1918/19 muß also auch einmal unter diesem weltpolitischen Aspekt betrachtet werden, was die Linke und sogar die marxistischen Sozialisten bisher in extenso versäumt haben. (Dagegen haben sich die Marxisten-Leninisten hier keine Unterlassung vorzuwerfen: es gibt nach ihnen nur eine 'proletarische' Außenpolitik nämlich die des modernen Groß-Rußland, und die Vereinigten Staaten Europas entstehen für sie durch die 'sozialistische Expansion' der UdSSR.) Auch wir begnügen uns hier nur mit diesen Andeutungen: die zweite deutsche Revolution scheiterte, und die zweite deutsche Konterrevolution von 1919 entschied erstmals auch über die künftige Zunahme des USA-Einflusses in Europa.

"Mehr noch als von den europäischen Vorgängen wird die weitere weltgeschichtliche Entwicklung von den außereuropäischen bestimmt werden. Europa hat seine Bedeutung als bestimmender Raum für die Geschichte der Menschheit eingebüßt. Es haben diejenigen recht behalten, die in den Jahren gefährlich zugespitzter Gegensätze als das Ergebnis des kommenden Krieges das Ende Europas voraussagten." (Ullsteins "Weltgeschichte der neuesten Zeit 1890 - 1925", Paul Herre; Berlin 1925, II. Teil, S. 825).

Nur der Einfluß Groß-Rußlands ging nach dem I. Weltkrieg infolge seiner Revolution und des anschließenden Bürgerkrieges erheblich zurück, ja, es wurde durch den 'cordon sanitaire' weit nach dem Osten gedrängt. Doch hatte es nach der deutschen Konterrevolution von 1919 nicht an Versuchen gefehlt, die gescheiterte sozialistische Revolution in Deutschland durch Vorstöße der Roten Armee nach dem Westen und keineswegs kunstvolle bolschewistische Aufstände die russische Revolution zu ersetzen und nach Mitteleuropa hineinzutragen. Aber zu der großen Entscheidungsschlacht gegen den Kapitalismus Westeuropas am Rhein kam es nicht. Vielleicht können diese Bemerkungen nach einem halben Jahrhundert dazu anregen, die November-Revolution von 1918 und die Konterrevolution im Januar 1919 auch einmal unter dem Blickwinkel der endgültigen Entscheidung über den Niedergang der Macht und Bedeutung Europas zu bedenken oder gar zu behandeln. -

III. Finanzbericht

Die WELT wußte es mal wieder ganz genau: "Der RC soll sich in erheblichen personellen und finanziellen Schwierigkeiten befinden", hieß es am 25. September 1968 auf Seite 1. Unter der Überschrift "Grauer Alltag folgt der Euphorie des Monats Mai" werden zum Teil alte Lügengeschichten wieder aufgewärmt - wie die, daß die IG Metall den Club maßgeblich unterstützt hätte (schön wär's) sowie eine breite Darstellung über die Misere der Gastronomie und die Einstellung der Küche. Behauptet wird außerdem, der Club habe "mehr als 15.000,-- DM" Schulden und daß bereits Pfändungen vorgenommen seien.

Eine einstweilige Verfügung, die vom Republikanischen Club e.V. gegen die weitere Verbreitung dieser Tatsache beantragt war, wurde vom Gericht mit der Begründung abgelehnt, die Behauptungen der WELT ständen weitgehend im Konjunktiv. Eine Gegendarstellung, zu deren Abdruck die WELT nach dem Berliner Pressegesetz verpflichtet wäre, wurde - ebenfalls wie gehabt - nur auszugsweise insoweit zitiert, daß sich die Schulden des RC e.V. auf DM 3.869,35 am 25. September 1968 belaufen.

Wir wollen nun diesen Artikel zum Anlaß nehmen, einen Überblick über die finanziellen Verhältnisse des RC e.V. und der Republikanischen Clubgesellschaft m.b.H. und Co.K.G., bei der in der Tat zur Zeit erhebliche Probleme entstanden sind, zu geben. Die RC GmbH & Co. K.G. und der RC e.V. sind rechtlich zwei völlig getrennte Gebilde; die GmbH & Co. wurde nicht zuletzt deshalb gegründet, um die Berlin-Präferenzen für die Kommanditisten auszunutzen. Sie hat die Investitionen in den Räumen übernommen, deren Hauptmieter sie auch ist, während der e.V. Untermieter der GmbH & Co. ist.
Bis zum 1. Dezember 1967 wurden auch die Geschäfte der GmbH - so insbesondere der Restaurationsbetrieb und die Bücherstube - vom e.V. treuhänderisch mitgeführt. Nachdem der RC e.V. im Herbst 1967 zu dem Ergebnis gekommen war, den Küchenbetrieb weitgehend einzustellen, weil er nicht nur defizitär war, sondern auch die Vorstandsarbeit zu sehr belastete, in dem dort zum Beispiel über Speisekarten beraten werden mußte, wurde vorgeschlagen, die GmbH & Co. auch wirtschaftlich zu verselbständigen und somit eine Trennung durchzuführen, mit der Regelung, daß die GmbH & Co. K.G. den Küchenbetrieb weiterführen sollte.

Das Für und Wider dieser Regelung wurde ausführlich diskutiert - heute kann man feststellen, daß die falsche Entscheidung getroffen wurde. Es zeigte sich, daß die Küchenumsätze weiterhin rückläufig waren, sowie, daß es sich bei der Umstellung auf Tiefkühlkost um eine Fehlinvestition handelte. Da auch der Getränkeumsatz sich nicht in dem erwarteten Maße entwickelte, mußte es zu beträchtlichen Defiziten kommen, die inzwischen bis auf DM 10.000,-- abgedeckt werden konnten.

Sicherlich hätte die Aufgabe des Küchenbetriebes - zu einem früheren Zeitpunkt vorgenommen - das Defizit nicht so anwachsen lassen, jedoch war dieser Schritt - aus der Sicht der Attraktivität des Clubs - eine schwerwiegende Entscheidung. Inzwischen ist eine Regelung getroffen worden, die weitere Verluste weitgehend ausschließt. Es ist nur noch eine voll beschäftigte Kraft an der Bar beschäftigt, die Küche bietet anstatt einer großen Speisekarte lediglich Würstchen mit Kartoffelsalat und Schmalzbrote an, und auch die übrigen Aufwendungen sind so gering, daß bei einem Umsatz von nur DM 150,-- pro Abend (zu des-

sen Erhöhung wir hiermit noch einmal einladen) ein geringer Gewinn möglich ist. Die Bücherstube ist seit über einem Jahr ein - wenn auch geringer - Aktivposten.
Wir haben bereits öfter darauf hingewiesen, - zuletzt bei dem Finanzbericht auf der Mitgliederversammlung vom Mai 1968, der auch Ihnen schriftlich zugegangen ist, - daß der Club e.V. seine politischen Aufgaben aus den Mitgliederbeiträgen zu leisten imstande ist.

Der Vorstand des Clubs e.V. und die Gesellschafter der GmbH & Co. KG. sind zur Zeit bemüht, durch neue Kommanditisteneinlagen und Spendenaufrufe die Schulden endgültig abzudecken.

V. Veranstaltungsrezensionen

1. Informationsveranstaltung des AKTIONSRATES ZUR BEFREIUNG DER FRAUEN

Am Mittwoch, dem 16. Oktober 1968, veröffentlichte der "Aktionsrat zur Befreiung der Frauen" Thesen zu seinem Selbstverständnis, einen Bericht über seine bisher geleistete Arbeit und der dabei aufgetretenen Probleme und bereits vollzogenen Lernprozesse.

Die weitgehende Verschüttung, ja Tabuisierung des Problems der gesellschaftlichen und privaten Ausbeutung der Frauen in der linken Bewegung ist nicht den Männern anzulasten, sondern einem bisher mangelnden Problembewußtsein der Frauen selber.

Die gesellschaftlich vermittelte Rolle der Frau, Herrschaft geschlechtsspezifisch zu verinnerlichen, erklärt, warum die Frauen im Arbeitsprozeß, in der Ausbildung, in den Berufschancen ihre offensichtliche soziale Benachteiligung bisher protestlos dulden, warum sie darüber hinaus die private Ausbeutung in der Familie hinnehmen und erklärt schließlich auch, warum es den Frauen so schwer wird, sich ihrer eigenen Situation bewußt zu werden.

Die Befreiung der Frauen kann aber nur das Werk der Frauen sein. Während bisher immer nur einzelne Frauen, wie Simone de Beauvoir, oder Männer das Problem der Befreiung der Frau bewußt gemacht haben, beginnen immer mehr Frauen, bisher allerdings beschränkt auf intellektuelle Frauen aus dem bürgerlichen Mittelstand, sich in einer Befreiungsbewegung zu solidarisieren.

Die Klassenorganisation der Frauen, "temporär" isoliert von den Männern, ist eine Absage an die Lösungsversuche all derjenigen Frauen, die glauben, ihre Befreiung individuell für sich mit dem jeweils besten Mann gelöst zu haben und die sich in dieser Gesellschaft einrichten. Sie ist eine Kampfansage an diese Gesellschaft, die nicht ohne die Ausbeutung der Männer bestehen kann, die aber erst recht nicht existenzfähig ist ohne die masochistische Hinnahme der doppelten Ausbeutung der Frauen, die den Männern ihre Versklavung erleichtern ja verschleiern helfen.

Der Aufstand der Frauen gegen ihre Unterdrückung und soziale Benachteiligung trägt in sich die Utopie der sexuellen Emanzipation, einer herrschaftsfreien Beziehung der Geschlechter zueinander, die Überwindung repressiver Strukturen des Zusammenlebens und den Entwurf neuer Formen kollektiven Zusammenlebens und schließlich die Abschaffung der Herrschaftsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern.

Die Befreiungsbewegung der Frauen muß daher als eine der politisch brisantesten Bewegungen der antikapitalistischen Opposition beurteilt werden. (Auskünfte und Material zur Arbeit des AKTIONSRATES, Mo., Die., Do., Fr., von 17 bis 19 Uhr unter der Nummer 883 31 74).

Solveig Ehrler

2. Veranstaltung: Sotelo - Studentenrevolte in Mexiko

Sotelo verzichtete in seinem einleitenden Referat auf die Darstellung der politischen und ökonomischen Situation Mexikos, sondern beschränkte sich darauf, die aktuellen politischen Ursachen der Studentenrevolte und des außerordentlich brutalen Vorgehens des Staates gegen diese Revolte darzustellen.

Seine These, erst das Vorgehen der Polizei habe die Studentenrevolte politisiert, zwang ihn dazu, vornehmlich die Gründe für die Nervosität der staatlichen Organe zu erläutern:

1. die Angst vor einer Störung der Olympischen Spiele;
2. die Tatsache, daß in zwei Jahren Wahlen stattfinden und die Nominierung der Kandidaten der Partei zugleich über die Präsidentschaftskandidatur entscheidet. Sotelo charakterisierte den Wahlkampf zwischen dem rechten und linken Flügel der PIR als den Kampf zwischen den Vertretern der großbürgerlichen, vom US-Kapital abhängigen Kapitalgruppen und den Vertretern mittelständischer Gruppen, die an einer großzügigeren Sozialpolitik interessiert sind. Die Auseinandersetzung der Studenten mit dem Staate reflektiere auch diese inn erparteilichen Auseinandersetzungen;
3. eine weitere Ursache der heftigen Reaktion des Staates liege in den allgemeinen sozialen Spannungen des Landes: 1 Mill. Arbeitslose, eine tiefe soziale Kluft zwischen Stadt und Land und Rassenspannungen zwischen Indios und Spaniern.

Die Diskussion konzentrierte sich auf die Frage nach den Chancen einer revolutionären Situation, der Möglichkeit einer Solidarisierung von Studentenschaft und Landproletariat, der Rolle des Industrieproletariats einerseits, des Lumpenproletariats andererseits und nach der Wirkung des Kubanischen Modells auf Mexiko.

Sotelo äußerte Skepsis an der Möglichkeit revolutionärer Prozesse in Mexiko. Seine Begründung:
Die Landreform im Zuge der Mexikanischen Revolution hat zwei Drittel der Bauernschaft zur Privatbesitzern an Grund und Boden und damit zu Verteidigern des politischen und sozialen Status quo gemacht, die das restliche Drittel politisch neutralisierte. Das Lumpenproletariat als privilegierte Klasse sei ebenfalls nicht revolutionär. So fehle der Studentenrevolte, der außerdem ein gesellschaftlich revolutionäres Programm nicht nachzuweisen sei, zusätzlich die revolutionäre Basis.

Zu einer entgegengesetzten Einschätzung der revolutionären Situation kam Renate von Hanffstengel in ihrem Vortrag über "Kommunistische und revolutionäre Bewegungen in Mexiko". Ihre Thesen veröffentlichen wir in einer der nächsten Nummern des BULLETINS.

Solveig Ehrler

3. Rezension der Kuba-Veranstaltung

Ein kurzer historischer Abriß der vorrevolutionären Geschichte Kubas informierte über die wichtigsten ökonomischen und gesellschaftlichen Daten, die schließlich die 59-er Revolution notwendig machten:

Eine totale Überfremdung des kubanischen Kapitalmarktes vor allem durch amerikanische Gelder führt zur ökonomischen und politischen Abhängigkeit Kubas von den USA. Die ökonomische Entwicklung stagniert seit 1926; der Stadt-Land-Gegensatz nimmt immer bedrohlichere Formen an; die soziale Situation des anwachsenden Landproletariats

und der Kleinbauern verschlechtert sich zusehends. Monopolbildungen und ein mangelhaftes Erziehungssystem sorgen für eine Zementierung dieser Zustände.

Aus der Erkenntnis heraus, daß nur eine sozialistische Revolutionierung der kubanischen Wirtschaft und Gesellschaft einen Ausweg aus der geschilderten Misere weist, entwickeln die Castristen das folgende revolutionäre Konzept: In der ersten Phase läuft die Umstrukturierung des Erziehungswesens parallel zur Landreform. So wird einerseits durch eine Kapitalakkumulation in der Landwirtschaft und andererseits durch die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte die zweite, die Industrialisierungs-Phase ermöglicht.

Die Anwendung dieses Konzepts hat eine echte Sozialisierung Kubas eingeleitet: Trotz der wirtschaftlichen und politischen Repressionen seitens der USA, die mit Kuba einen sehr wichtigen Markt verloren haben und außerdem analoge Entwicklungen in anderen lateinamerikanischen Staaten befürchten müssen, zeitigt dieses Konzept Castros große Erfolge (Alphabetisierung, Landaufteilung, Genossenschaften, Volksgüter, sehr geringe Lohnspanne 1 : 4). Erstaunlichster Erfolg aber ist eine weitgehende Restriktion des Geldmechanismus und eine Orientierung der Konsumproduktion an den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Waren können nicht beliebig mit Geld erworben werden, sondern werden nach demokratischem Verteilungssystem ausgegeben.

Elke Jung

4. Noch einmal Tschechoslowakei

Am Sonnabend, dem 12. Oktober 1968, sprach der Chefredakteur des österreichischen KP-Organs "Weg und Ziel", Franz Marek, über die CSSR als Modell einer sozialistischen und demokratischen Gesellschaft.

Eine psychologisch verständliche Identifikation mit der CSSR und die stark apologetisierende Argumentationsweise versperrte dem Referenten offensichtlich die kritische, distanzierte Auseinandersetzung mit der Reform in der CSSR. Der Vortrag fiel hinter die im RC bereits vorgetragenen Analysen von Elmar Altvater und den bereits erreichten Stand der Diskussion zurück.

Der Referent wandte sich nicht nur gegen die Priorität ökonomischer Analysen, sondern identifizierte sich mit einer liberalen, bürgerlich-demokratischen Bestimmung von Pressefreiheit.

Die Presse darf natürlich nicht einseitig Sprachrohr einer von den Massen entfremdeten Parteibürokratie sein, Pressefreiheit kann aber nicht Publikationsfreiheit für eine von den produzierenden Massen entfremdete Intellektuellenschicht bedeuten. Sie muß vielmehr als Artikulations- und Kommunikationsmedium der arbeitenden Massen selbst bestimmt werden.

Solveig Ehrler

V. Aus den Arbeitskreisen

Selbstverständnis des Arbeitskreises "Bürokratie und Rätesystem"

Die vor Jahren von alten Sozialisten der alten Arbeiterbewegung gegründete "sozialistische Bildungsgemeinschaft Berlin" hatte im Sommer 1967 beschlossen, das Wintersemester 1967/68 einem intensiven Studium des neu aufgetauchten Problems der Räte zu widmen.

Nach der Gründung des Republikanischen Clubs verlegte die SBG ihre

Sitzungen in die Clubräume und erweiterte hierdurch um ein vielfaches ihre Hörerzahlen. Sie konstituierte sich dann als"Arbeitskreis BÜROKRATIE UND RÄTESYSTEM im Republikanischen Club" .

Der Arbeitskreis sieht seine Aufgabe darin, die Teilnehmer über die Erfahrungen zu unterrichten, die durch die in den letzten Jahren publizierten wissenschaftlichen Arbeiten zur Geschichte der Rätebewegung vorliegen.

Folgende Themen wurden bereits behandelt:

- Bürokratie als Problem durch Dr. Kurt Fabian
- Die Rätebewegung in Rußland 1905/06 und 1917/21 durch Willy Huhn
- Rätebewegung in Deutschland 1918/20 durch Dr. Reinhard Rürup und Horst Witte
- Das Versagen des Parlamentarismus in der Gegenwart und Rätedemokratie als Alternative zum Parlamentarismus durch Prof. Dr. Wilfried Gottschalch
- Rätedemokratie in Jugoslawien durch Horst Volgmann.

Diese auszugsweise Behandlung der geschichtlichen Aspekte der Rätebewegung soll in den kommenden Monaten noch ergänzt werden durch das Studium der Rolle des Rätegedankens in der gesellschaftlichen Entwicklung der Ostblockländer. Anhand neuer wissenschaftlicher Arbeiten sollen Legenden zerstört werden.

Der "AK BÜROKRATIE UND RÄTESYSTEM" will sich dann der heutigen gesellschaftlichen Wirklichkeit zuwenden, vor allen Dingen im Produktions- und Verteilungsprozeß sowie in Verwaltung und Management, um sie daraufhin zu untersuchen, inwieweit es möglich ist, das Rätesystem in der heutigen Gesellschaft zu verwirklichen.

In Aussicht stellen wir folgende Themen:

- Rätebewegung und Verfassung;
- Rätegedanke und Wirtschaft;
- Rätedemokratie und Partei;
- Räte und Gewerkschaft
- Räte und Bürokratie
- Eine neue Arbeiterklasse und Rätedemokratie.

in den Diskussionen um diese Themen wollen wir nicht nur unsere eigenen Gedanken kreisen lassen, sondern Vertreter der Parteien, der Gewerkschaften, der Wirtschaft und der Bürokratie zu Worte kommen lassen, um ihr Verhältnis zur Rätedemokratie zu erfahren. Nur so können wir lernen, wie ihre Ansichten zu widerlegen sind.

Organisatorisch hat es sich gezeigt, daß der "Arbeitskreis Bürokratie und Rätesystem" nur eine größere Sitzung im Monat bewältigen kann. Müssen doch die Mitarbeiter des Arbeitskreises auch noch Gelegenheit haben, in anderen AK mitzuarbeiten und sonstige RC-Veranstaltungen zu besuchen.

Die Hörerzahl bei den Diskussionsabenden des AK war recht zufriedenstellend und schwankte zwischen 30 bis 150 Anwesenden, durchschnittlich 50. Nur ist die Zusammenstellung der Hörerschaft zu veränderlich: es wird angestrebt, den Kern von ständigern Mitarbeitern im AK zu vergrößern und zu festigen.

Für die Winterkampagne des RC wird der Arbeitskreis am Donnerstag, 7. November 1968, 20 Uhr im RC einen Arbeitsabend durchführen:

Thema: "Zur Kritik einiger Legenden über die deutsche Novemberrevolution 1918". Das einleitende Referat hält Willi Huhn.

In weiteren Arbeitsabenden wird der "Arbeitskreis Bürokratie und Rätesystem" Diskussionsthesen formulieren für den vom RC geplanten Kongreß im Januar 1969.

AK BÜROKRATIE UND RÄTESYSTEM
Edmond Gyselinck
Kontaktadresse: Willi Huhn
1 Berlin 39
Pardemannstr. 21
Tel.: 809 19 23

Nach Redaktionsschluß: Die Veranstaltung mit Willi Huhn wird nicht am Donnerstag, den 7.11., sondern am Freitag, den 8.11. stattfinden!!

VI. Leserbriefe

Wir schickten der WAHRHEIT unsere Presseerklärung zur Invasion der Warschauer Pakt-Staaten in die CSSR.
Die WAHRHEIT druckte die Erklärung nicht ab, sondern antwortete am 17. Oktober mit der auszugsweise wiedergegebenen Stellungnahme:

"Die Stellungnahme weist durchgängig eine bezeichnende Eigenheit auf: sie gibt vor, klassenneutral zu sein. Man betrachte folgende Begriffe: "überflüssig gewordene Herrschaft", "autoritäre Verwaltungsbürokratie", "unkontrollierbare Zentralstelle" usw., die den Grundstamm des theoretischen Arsenals ihrer Verfasser ausmachen. Sie sind anwendbar auf jedes Gesellschaftssystem, gestatten daher die Annehmlichkeit, gegen das imperialistische System mit diesen Begriffen zu polemisieren und gleichzeitig von dessen Antikommunismus bequem zurückzuweichen.

Nur ein solcher "klassenloser" Standpunkt kann übersehen, daß es den Imperialismus nicht nur im vergangenen Jahr gab, als die Verfasser mit der APO von ihm Notiz nahmen, sondern auch heute noch gibt. Nur einem solchen "klassenlosen" Betrachter kann der fortwährende Klassenkampf im nationalen und internationalen Rahmen entgehen, der die Staaten bleiben läßt, was sie für Marx waren: Instrumente des Klassenkampfes, Instrumente der Unterdrückung, die keineswegs überflüssig geworden sind. Keineswegs überflüssig ist der Kampf um die sozialistische Macht, keineswegs überflüssig die führende Rolle der Partei als hochorganisierte Vorhut, keineswegs überflüssig auch die Macht über die Massenmedien. (Wer denkt da noch an Springer?!)

Um genau diese Dinge aber ging es und geht es in der CSSR. Die RC-Autoren sind der Meinung, in der CSSR habe es keine "konterrevolutionäre Situation" gegeben. Weit davon entfernt, den auf der europäischen Bühne sich abspielenden Klassenkampf zwischen imperialistischen und sozialistischen Staaten auch nur zur Kenntnis zu nehmen, geben sie sich mit lahmen Räsonnements über "konterrevolutionäre Gedanken von Einzelpersonen oder kleinen Gruppen", über "Nachschieben" "subjektivistischer Begründungen" durch "Moskau" ab. Wer solche Erscheinungen des internationalen Klassenkampfes, wie die "Liberalisierung" der CSSR, das Verhalten der sozialistischen und imperialistischen Staaten dazu marxistisch analysieren will, darf eben nicht den klassenneutralen Widerspruch von "Bürokratie" und "Selbstbestimmung" zur Grundlage machen, sondern muß vom klassenmäßigen Widerspruch zwischen Imperialismus und Sozialismus ausgehen.

.....

.....

Wer nicht in der Lage ist, "friedlich" ausgetragenen Klassenkampf zu bemerken, wer nur das Krachen von Bomben als Indiz des Klassenkampfes gelten läßt, wer sich von den Flötentönen des Imperialismus einlullen läßt, der für ihn nicht zu Hause, sondern nur in der Ferne schecklich ist, der muß sich sagen lassen, daß er noch eine entscheidende Entwicklung zu durchlaufen hat, bis er eine richtige Einschätzung von "revolutionären" und "konterrevolutionären Situationen" leisten kann - die Entwicklung eines klaren Klassenstandpunktes. .....

Der Prozeß der Konterrevolution in der CSSR entsprach in allen Punkten genau den Vorstellungen der imperialistischen Planer: Schwächung der Kommunistischen Partei, Stärkung des bürgerlichen Sozialdemokratismus, Aufputschung antisowjetischer, nationalistischer Stimmungen im Volk, Beginn ökonomischer und politischer Westorientierung. Dieser Prozeß, an dessen Ende ein formaler "Sozialismus" von Gnaden des Imperialismus gestanden hätte, der diesem als Basis für seine weitere Offensive gegen das sozialistische Lager gedient hätte und an dessen Ende eine überaus schwerwiegende Niederlage des Weltproletariats gestanden hätte - dieser Prozeß der Konterrevolution ist durch das entschlossene Eingreifen der sozialistischen Staaten von seiner Kulmination aufgehalten worden.

Es ist beinahe unglaublich, wenn manche RC-Mitglieder diese Realität mit ein paar unüberbietbar läppischen Phrasen abtun und einfach von sich geben, "daß eine objektiv konterrevolutionäre Situation nicht bestanden hat."

Wie um ihre Positionslosigkeit noch besser zu demonstrieren, geben sich die Verfasser der Stellungnahme nicht mit ihrer bisherigen Leistung - das Eingreifen der Bruderstaaten als nicht gerechtfertigt abzutun - zufrieden, sondern greifen nach Höherem. Sie wollen zeigen, daß dieses Eingreifen selbst "konterrevolutionär" war.

Für den Marxismus sind Revolutionen und Konterrevolutionen Klassenkämpfe. Für unsere Autoren nicht. Welche Klassenkräfte stehen hinter dem Eingreifen der sozialistischen Staaten? Die Bourgeoisie oder das Proletariat, welche Klasse?

Die RC-Analytiker meinen: Weder die Bourgeoisie noch das Proletariat. Sie meinen, es wäre die - Bürokratie!

Merke: Der gebannte Blick auf die Bürotür ersetzt noch keine Klassenanalyse.

Wolfgang Schmidt im Auftrage der
FU-Hochschulgruppe der SED-Westberlin

VII. Veranstaltungskalender

Freitag, den 25. Oktober 1968 - 20 Uhr
Clubdiskussion: Die Justizkampagne - rechtliche Absicherung und strategische Konzeption.

Samstag, den 26. Oktober 1968 - 18 Uhr
Arbeitskreis Agitation und Propaganda: Besprechung der Vietnam-Aktionen.

Montag, den 28. Oktober 1968 - 20 Uhr
Veranstaltung der DEMOKRATISCHEN AKTION. Podiumsdiskussion zum Thema: Neonazismus nach Auflösung der NPD. Es diskutieren: Kurt Hirsch, Dieter B. Sternweiler, Wolfgang Lüder, Roland Reichwein, Marianne Regensburger.

Freitag, den 1. November 1968 - 20 Uhr
Clubdiskussion mit Theodor Ebert: Zur Strategie gewaltfreier Aktionen in Formal-Demokratien.

Sonntag, den 3. November 1968 - 2o Uhr
Israel - der zionistische Staat. Eine Diskussion mit Jochanan Bloch (u.a. Autor des Buches: Judentum in der Krise. Emanzipation, Sozialismus, Zionismus, 1966)

Donnerstag, den 7. November 1968 - 2o Uhr
Zur Informationspolitik des EXTRA-DIENSTES.
Die Redakteuere des EXTRA-DIENSTES stellen sich ihren Anhängern und Kritikern.

Freitag, den 8. November 1968.-.2o Uhr
Clubdiskussion mit Willi Huhn: Zur Kritik einiger Legenden über die deutsche Novemberrevolution 1918

.....

Noch einmal: Wir bitten um Hilfe beim Abziehen, Zusammenlegen und Eintüten des BULLETINS!